

JAN UHLMANN

Zentrale Orte heute

Zum Stand von Forschung und Planungspraxis

Es empfiehlt sich, die Konzepte der Raumordnung in regelmäßigen Abständen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob bzw. inwieweit sie den Anforderungen der Realität gewachsen sind, ob sie anpassungsbedürftig sind oder ob sie in die Requisitenkammer der Dogmengeschichte gehören. Dies gilt insbesondere für derart vielschichtige Konzepte wie das der zentralen Orte, dessen Grundlegung wir *Walter Christaller* verdanken und dessen Weiterentwicklung viele erlauchte Geister beschäftigt hat.

Eine Routineüberprüfung unter dem vielsagenden Thema „Zentrale Orte und ihre Folgen“ hatten sich ca. 200 Wissenschaftler und Planungspraktiker aus dem In- und Ausland zum Ziel gesetzt, als sie im März dieses Jahres auf Einladung des Verbandes Deutscher Berufsgeographen e.V. und der Gesellschaft für Regionalforschung e.V. aus Anlaß des 10. Todestages von *Walter Christaller* in Darmstadt zusammenkamen. Beide Verbände fühlen sich dem Wirken eines Mannes eng verbunden, dessen grundlegende Ideen zunächst auf Unverständnis und Ablehnung stießen, später aber weltweit triumphale Erfolge feierten – wenn auch vielfach in einer Ausformung, die mit dem ursprünglichen Ansatz wenig bis gar nichts zu tun hat. Die erhebliche inhaltliche Spannweite der Referate und Diskussionsbeiträge der Tagung spiegelte diesen Sachverhalt wider. Vier Gesichtspunkte standen im Vordergrund:

- Zentrale Orte als wissenschaftlich-analytisches Konzept,
- Zentrale Orte als Planungskonzept,
- Zentrale Orte als Konzept zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen und als Entscheidungshilfe für die Standortwahl,
- Problematisches Verhältnis von Wissenschaft und Planungspraxis.

Zentrale Orte als wissenschaftlich-analytisches Konzept

Christallers originärer Ansatz war explikativ: Er wollte erklären, warum und auf welche Weise sich gewisse Regelmäßigkeiten in der Raum- und Siedlungsstruktur herausbilden, die er insbesondere im süddeutschen Raum beobachtet hatte. Allgemeine Gesetzmäßigkeiten müssen von realen Besonderheiten abstrahieren; deshalb war für *Christaller* der Ansatzpunkt nicht der reale, sondern ein idealer Raum, der in bezug auf Landschaft und Besiedelung homogen ist. Gerade hierin ist die besondere wissenschaftliche Leistung zu sehen, die vom Allgemeinen ausgeht und nicht in der Unübersichtlichkeit realer Faktoren und Erscheinungen befangen bleibt. Angesichts der großen Zahl teilnehmender Regional- und Landesplaner war es wichtig, gleich zu Anfang der Ta-

gung auf diesen Aspekt hinzuweisen, der in der „Alltagsdiskussion“ nur allzu häufig vergessen wird.

Um die im Laufe der Tagung vorgetragenen bzw. diskutierten Modifikationen und Änderungen richtig einordnen zu können, ist es zweckmäßig, *Christallers* analytischen Ansatz kurz zu rezipieren: Von der Gesamtheit aller in einer arbeitsteilig organisierten Gesellschaft erbrachten ökonomischen Leistungen ist eine Reihe von Dienstleistungen dadurch charakterisiert, daß sie nicht transportfähig sind und mithin vom Nachfrager am „Produktionsort“ abgeholt werden müssen. Sie sind weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß ihre Produktion – sei es im öffentlichen, sei es im privaten Sektor – in typischen Mindestgrößen erfolgt, die durch betriebswirtschaftliche (zum Beispiel Einzelhandel) und/oder politische Erfordernisse (zum Beispiel Schulwesen) bestimmt werden. Betriebsgröße, Konsumgewohnheiten bzw. -notwendigkeiten der Nachfrage und konkurrierende Angebotsstandorte bestimmen die räumliche Reichweite der zentralen Leistungen. Ausgehend von diesem Grundgerüst konnte *Christaller* zeigen, daß sich die Standorte zentraler Leistungsangebote nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten im Raum verteilen: Produktionsstandorte gleicher Reichweite formieren sich nach dem bekannten Sechseck-Muster von Standorten der nächst höheren Stufe (als weitestgehende Annäherung konzentrischer Kreise an das Erfordernis der Flächendeckung).

Dieser theoretische Grundansatz wurde in späteren Jahren in einer Reihe von Punkten erweitert bzw. verfeinert:

- Das von *Christaller* selbst nicht hinreichend erklärte Phänomen der lokalen Konzentration unterschiedlicher zentraler Leistungsangebote, das erst die Herausbildung zentraler Orte im analytischen Sinne bewirkt, wurde vor allem von *Lösch* unter Rückgriff auf das Konzept der Agglomerationsvorteile fundiert.
- Erste Ansätze zum Einfluß raumdifferenzierender Faktoren der Siedlungsstruktur (Verkehrswege, Besonderheiten des chorischen Raumes), die die von *Christaller* zunächst angenommene Homogenität des Raumes „stören“, wurden von ihm selbst erarbeitet und von anderen fortgeführt.
- Offensichtlich ist die Spezifizierung zentraler Leistungen nach Mindestgrößen und Konsumgewohnheiten nicht differenziert genug: Sie verstellt den Blick darauf, daß ein Teil dieser Leistungen – gewissermaßen zwangsweise – staatlich administriert ist (zum Beispiel Gemeindeverwaltung, Grundschule) und beim Vorliegen entsprechender Nachfragemerkmale unabhängig von der subjektiven Einschätzung der Erreichbarkeit nachgefragt werden muß. Demgegenüber ist die Nachfrage anderer Leistungen an ein vergleichsweise hohes Maß an Freiwilligkeit gebunden bzw. kann im Einzelfall auch durch andere Leistungen substituiert werden (zum Beispiel Substitution der stationären

Einzelhandelsversorgung durch Versandhandelsangebote). Dieser Punkt kam auf der Tagung leider zu kurz.

- Die eindeutige und ausschließliche Zuordnung von zentralen Orten und Versorgungsbereichen wurde aufgelöst im Sinne der gegenseitigen Durchdringung von Marktgebieten. Von mehreren Referenten wurde bestätigt, daß dieses Phänomen vor allem in Verdichtungsräumen vorzufinden ist.
- Einen besonderen Diskussionspunkt bildete die Erkenntnis, daß nicht nur der Raum, sondern auch die Nachfrager zentraler Leistungen nicht homogen sind; hier wurde die stärkere Berücksichtigung soziologischer Erkenntnisse empfohlen - bis hin zur grundlegenden Reformulierung des *Christallerschen* Ansatzes auf der Basis des beobachtbaren sozialen Verhaltens im Raum. Vertreter dieses Ansatzes gingen so weit, die Zuordnung sogenannter Einzugsbereiche überhaupt in Frage zu stellen.
- Ebenfalls in Verdichtungsräumen - aber nicht nur dort - zeigt sich, daß zentralörtliche Standorte gleicher Stufe keineswegs vergleichbare Leistungsangebote aufweisen, sondern daß vielfach Tendenzen zur Spezialisierung festzustellen sind.
- Nicht nur Dienstleistungen vom Typ „Zentrale Leistungen“ führen zur Herausbildung regelmäßiger Siedlungsstrukturen, sondern - wie u.a. *Lösch* gezeigt hat - auch die Aktivitäten des produzierenden Gewerbes.
- Weiterhin gelang es, auch Phänomene wie die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung und spezifisch-ökonomische Interdependenzen in den *Christallerschen* Ansatz einzu beziehen; auf der Tagung wurde insbesondere auf die Unterschiede zwischen dem ökonomischen Interaktionsraum (Input-Output-Verflechtungen) und dem chorischen Raum verwiesen, der für das Versorgungsverhalten der Bevölkerung bestimmend ist.
- Ein in den vergangenen Jahren - vor allem durch die Arbeiten der schwedischen Schule von Lund - ins Blickfeld geratener Aspekt ist die Erweiterung des räumlichen bzw. transportkostenmäßigen Gesichtspunkts der „Erreichbarkeit“ um die zeitliche Komponente. Der „time-space-approach“, der auf der Tagung ausführlich dargestellt wurde, analysiert das raumbezogene Verhalten der Bevölkerung sowohl kurzfristig als auch in seiner längerfristigen Veränderung unter Berücksichtigung von Zeitpunkt und Dauer der jeweiligen raumbezogenen Aktivitäten. Hierdurch wird die erklärende Einbeziehung spezifischer regionaler und lokaler Probleme, wie zum Beispiel Verkehrsspitzen zu bestimmten Tageszeiten und verödete Innenstädte am Abend, möglich.

Angesichts der gemischten Zusammensetzung der Tagungsteilnehmer konnte es nicht verwundern, daß vor allem von seiten der Planungspraktiker sehr schnell die Frage gestellt wurde: Was bringt dies für die Praxis? Die Antworten waren unterschiedlich: Sie reichten vom mit erfrischender Deutlichkeit vorgetragenen „Nichts“ über verbalisierte Ratlosigkeit bis hin zu einzelnen Umsetzungsversuchen. An solchen Stellen wurde immer wieder deutlich, daß das wissenschaftliche Verständnis zentralörtlicher Forschung und das, was sich im Rahmen von Planungs- und Förderpraxis hinter gleichlautenden Bezeichnungen verbirgt, kaum vermittelt ist.

Zentrale Orte als Planungskonzept

Seit den 50er Jahren wurde das wissenschaftlich-analytische Konzept zunehmend von Regional- und Landesplanern aufgegriffen und zur Verteilung zentralörtlicher Etikette an ausgewählte Orte verwendet. Voraussetzung für ein derartiges Vorgehen ist eine Gliederung nach unterschiedlichen Zentralitätsstufen, die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gelöst wurde: Neben der von der Ministerkonferenz für Raumordnung vorgeschlagenen Stufung in Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren bürgerten sich Zwischenstufen wie zum Beispiel Unterzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums ein. Damit verbunden waren mehr oder minder heftige Auseinandersetzungen über die jeweils anzuwendenden Abgrenzungskriterien, die im Einzelfall eher nach politischen Opportunitäten als nach wissenschaftlichen Erfordernissen gesetzt wurden.

Es stellte sich sehr schnell heraus, daß insbesondere in schwach besiedelten Peripherregionen bei strenger Auslegung der status-quo-orientierten Kriterien vor allem im Raster der Mittel- und Oberzentren Lücken vorhanden sind, die auf eine unzureichende Versorgungssituation der Bevölkerung schließen lassen. Kaum ein Bundesland hat es gewagt, derartige Lücken bestehen zu lassen. Sie wurden auf zweierlei Weise aufgefüllt: Entweder wurden die Kriterien so niedrig angesetzt, daß eine Flächendeckung formal gewährleistet schien, oder es wurden Sonderkonstruktionen eingeführt wie zum Beispiel „Mögliche Oberzentren“ oder „Mögliche Mittelzentren“. Mit diesem Vorgehen verließ die Planungspraxis endgültig das von der wissenschaftlichen Analyse bereitgestellte Fundament und begann das analytische in ein normatives Konzept zu transformieren. Es wurde zur staatlichen Aufgabe erklärt, in allen Teilen des Bundesgebietes einen tragfähigen Raster zentraler Orte einzurichten. Diese Bestrebungen führten zu einem weiteren Konzept - den zentralen Orten als Förderinstrument (vgl. unten).

Die Klagen der Wissenschaft über den Sündenfall der Planungspraxis halten noch heute an, wie verschiedene Diskussionsbeiträge der Tagung zeigten. Die zentralörtlichen Systeme der Länder - in ihrer Zuständigkeit liegt die Ausweisung - seien aus der wissenschaftlichen Analyse her nicht mehr zu rechtfertigen und darüber hinaus so starr und unflexibel angelegt, daß eine Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen - insbesondere Bevölkerungsrückgang - wenig aussichtsreich scheine. Das von vielen beklagte Auseinanderdriften von zentralörtlicher Forschung einerseits und Planungspraxis andererseits ist - so wurde nicht zu unrecht angemerkt - auf die Einbringung dieses normativen Ansatzes zurückzuführen.

Demgegenüber schien zunächst die Lust der Planer am Konzept der zentralen Orte ungebrochen: Da werden nicht nur von europäischer Ebene bis hinab zu einzelnen Großstädten mit viel Aufwand zentralörtliche Systeme und Subsysteme entworfen; da werden auch Planungsalternativen entwickelt und diskutiert (Beispiele Schweiz und Dänemark). Es gereichte allerdings den referierenden Planern durchweg zur Ehre, daß sie die Schwierigkeiten und zum Teil die Perspektiv-

losigkeit ihres Tuns freimütig eingestanden: Planungsalternativen verschwinden entweder geräuschlos in der Versenkung (Beispiel Schweiz), oder es wird diejenige Alternative gewählt, bei der sich gegenüber dem Status quo am wenigsten ändern muß (Beispiel Dänemark). Die Planung zentraler Orte auf internationaler Ebene (West- und Mitteleuropa) erweckt den Eindruck eines Glasperlenspiels. Auf Bundesebene findet eine Diskussion über zentralörtliche Systeme offensichtlich nicht mehr statt - trotz der durch das Grundgesetz gewährten Rahmenkompetenz. Weiterführende Ansätze - das Bundesraumordnungsprogramm hatte mit den Entwicklungszentren gewisse Ansatzpunkte geschaffen - werden zur Zeit nicht verfolgt bzw. nicht öffentlich diskutiert.

Insgesamt entstand der Eindruck, daß sich mit der fortschreitenden Implementierung zentralörtlicher Systeme eine deutliche Ernüchterung gegenüber der anfänglichen Planungseuphorie eingestellt hat. Obwohl kaum jemand mit dem derzeitigen Zentrale-Orte-Raster zufrieden ist, überwog doch die Auffassung, daß man sich nach den vielfältigen Anstrengungen der Vergangenheit - insbesondere auch im politischen Bereich - damit abzufinden habe und versuchen müsse, das Beste daraus zu machen. Jedermann ist klar, daß auf absehbare Zeit weder eine Abschaffung der derzeit realisierten zentralörtlichen Systeme noch deren grundlegende Umgestaltung möglich ist. Von daher wurde betont, daß sich die weiterführenden Anstrengungen primär auf die Ausgestaltung der Förderkonzepte zu richten hätten.

Zentrale Orte als Konzept zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen und Entscheidungshilfe für die Standortwahl

Ein reines Planungskonzept „Zentrale Orte“ bleibt für die reale Siedlungsentwicklung folgenlos, wenn es nicht durch konkrete Maßnahmeprogramme gestützt wird. Dementsprechend wurden in allen Bundesländern - in weiterer Abkehr von dem wissenschaftlich-analytischen Grundgedanken - Standortprogramme und Förderrichtlinien für Infrastrukturinvestitionen auf den unterschiedlichen Ebenen der zentralörtlichen Gliederung erlassen. Die Tagung gab Anlaß, über die Auswirkungen derartiger Maßnahmeprogramme Bilanz zu ziehen. Zwei Gesichtspunkte wurden positiv vermerkt:

- Im ländlichen Raum hatten die Förderprogramme in einzelnen Bereichen zweifellos einen beachtlichen Niveaueffekt. Insbesondere im Bildungs-, Gesundheits- und Freizeitbereich wurden Versorgungsstandards geschaffen, die ihn heute nicht mehr pauschal als „unterprivilegiert“ erscheinen lassen. Allerdings bleibt offen, ob nicht auch ohne zentralörtliche Gliederung derartige Förderprogramme mit vergleichbarem Erfolg hätten durchgeführt werden können.
- Unbestreitbar ist der räumliche Gliederungseffekt: Durch die partielle Ausschaltung der Konkurrenz zwischen zentralen Orten und nicht-zentralen Orten sowie zwischen zentralen Orten unterschiedlicher Stufung wurde eine kleinräumige Konzentration von Infrastrukturangeboten

bewirkt. Offen bleibt allerdings, ob diese Konzentration in jedem Fall erforderlich und zweckmäßig war bzw. ob für andere Bereiche ein vergrößerter Maßstab vorzuziehen gewesen wäre.

Die Liste enttäuschter Erwartungen ist vergleichsweise länger:

- Die Ausstattung des ländlichen Raumes mit krisensicheren Arbeitsplätzen wurde nicht nachhaltig verbessert. Hier leitete die Diskussion - für viele überraschend - auf die Entwicklungszentren als ein möglicherweise geeignetes Alternativkonzept über. Während auf Bundesebene nach wie vor Funkstille zu herrschen scheint, hat man insbesondere auf Landesebene diesen Ansatz offensichtlich noch nicht aufgegeben.
- Eine Verschlechterung der Versorgung - insbesondere peripher gelegener - ländlicher Räume mit privatwirtschaftlich angebotenen Leistungen (zum Beispiel Ärzte, Einzelhandel, Handwerk) konnte nicht verhindert werden. Hier zeigen sich die Folgen einer Förderpolitik, die meint, es reiche aus, den öffentlichen Sektor auszubauen; daß der privatwirtschaftliche Bereich häufig nicht im gewünschten Maße mitzieht, ist demgegenüber eine schon seit langem bekannte Erfahrung.
- Im Zuge der Gebietsreformen weiteten sich die Einzugsbereiche administrierter zentraler Einrichtungen (Gemeinde- und Kreisbehörden) zum Teil exzessiv aus. So war der Status „Mittelzentrum“ in der Vergangenheit kein Garant für den Erhalt eines Kreissitzes. So zweckmäßig die Verwaltungsreform unter anderen Gesichtspunkten auch sein mag, so hat sie doch auch gezeigt, daß mit der Ausweisung eines dichten Rasters zentraler Orte Erwartungen geweckt wurden, die zumindest unter diesem Gesichtspunkt nicht eingelöst werden konnten.
- Die Reduzierung der Verkehrsbedienung des ländlichen Raumes durch öffentliche Verkehrsträger konnte gleichfalls nicht verhindert werden. So kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Situation für Verkehrsbedarfe, die nicht mit dem privaten Pkw befriedigt werden können, verschlechtert hat. Insoweit wird in vielen Fällen die flächenscharfe Zuordnung von Zentrum und Versorgungsreich zur Fiktion.
- Bei der Frage nach Standorten für hochrangige Infrastruktureinrichtungen und Behörden (des Bundes und der Länder) war das Zentrale-Orte-System wegen der Vielzahl der jeweils möglichen Alternativen keine überzeugende Entscheidungshilfe. Daß in der Vergangenheit zum Beispiel Hochschulneugründungen fast ausschließlich in Oberzentren bzw. Orten mit oberzentralen Teilfunktionen stattfanden, spricht keineswegs gegen diese Einschätzung: Eine verantwortungsvolle Hochschulplanung muß u.a. die Unterbringungsmöglichkeiten von Studenten berücksichtigen und kommt von daher unter Gesichtspunkten, die mit der zentralörtlichen Gliederung per se nichts zu tun haben,

auf Standorte mit vergleichsweise aufnahmefähigem Wohnungsmarkt. Dies sind dann Orte, die bereits vor ihrer Einstufung als zentraler Ort ein hinreichendes Verdichtungspotential aufwiesen. Bei Behörden ging es in der Vergangenheit weniger um die Suche nach neuen Standorten als um die Verhinderung der Aufgabe alter Standorte in ländlichen und strukturschwachen Gebieten.

- Schließlich konnten - als Ergebnis der vorab genannten Entwicklungen - großräumige Abwanderungsbewegungen aus peripheren ländlichen Regionen nicht aufgehalten werden. Auch hat es sich zumeist als Illusion erwiesen, Abwanderungen aus der Fläche in den jeweils nächstgelegenen zentralen Orten mittlerer oder höherer Stufe auffangen zu wollen; der größere Teil der Abwanderungen geht an diesen vorbei direkt in die großen Agglomerationsräume.

Als Fazit dieser Bilanzierung wurde folgende Argumentation vorgetragen: Staatliche Förderprogramme sind als eine - mehr oder minder taugliche - Antwort auf spezifische Problemsituationen zu verstehen. Das Instrument „Zentrale Orte“ wurde zu einer Zeit konzipiert, als bei ständigem wirtschaftlichem Aufschwung, geringer Arbeitslosigkeit und stetigem Bevölkerungszuwachs eine „Infrastrukturlücke“ das Hauptproblem schien (zum Beispiel „Bildungskatastrophe“). Seit einiger Zeit hat sich die vorherrschende Problemlage deutlich sichtbar gewandelt: Angesichts rückläufiger Bevölkerungsentwicklung und einer sich abzeichnenden strukturellen Arbeitslosigkeit, die insbesondere diejenigen Räume betrifft, die man seinerzeit durch zentrale Orte zu beglücken hoffte, sowie von flächenhaften Bedrohungen der Umwelt tritt die klassische Infrastrukturförderung in den Hintergrund. Daraus ist zu schließen, daß auch das Förderinstrument „Zentrale Orte“ an Bedeutung verlieren wird. Der zu erwartende Bevölkerungsverlust der zentralen Orte wird durch einen Geburtsfehler verstärkt: Sie wurden als ein vergleichsweise starres, zeitlich invariantes System implementiert, dessen politische Anpassungsflexibilität - soweit es nicht um Ausweitung oder Aufstockung geht - bei Null liegt. Dies sichert den zentralen Orten ein langes Leben, macht jedoch die Entwicklung und Anwendung neuer Förderinstrumente und -konzepte unumgänglich.

Aus vielen Diskussionsbeiträgen war abzuleiten, daß sich für die kommenden Jahre eine Polarisierung der Förderung abzeichnet: Zum einen werden Maßstabsvergrößerungen unumgänglich. Dies gilt insbesondere für den arbeitsmarktorientierten Bereich - und hier insbesondere für die Neuansiedlungen - sowie für hochrangige Infrastruktureinrichtungen. Zum anderen geht die Förderung sowohl unter Arbeitsmarktgesichtspunkten (Stabilisierung des Bestandes in der Fläche) als auch unter dem Gesichtspunkt der zukünftig wichtiger werdenden Sicherung und Erhaltung der Umwelt zunehmend in die Fläche. Es bleibt abzuwarten, welchen Stellenwert vor diesem Hintergrund das zentralörtliche System als Förderinstrument noch haben kann. Einhellig wurde die Forderung nach einer flexibleren, stärker problemorientierten Förderung erhoben anstelle der Fixierung auf starre Versorgungsrichtwerte.

Problematisches Verhältnis von Wissenschaft und Planungspraxis

Wie ist das Verständnis von Wissenschaftlern einerseits und Planungspraktikern andererseits im Verhältnis zueinander? Dies war eine Frage, die sich - latent oder manifest - wie ein roter Faden durch die gesamte Tagung zog. Offensichtlich herrscht auf Seiten der Planungspraktiker vielfach die Vorstellung, die Wissenschaft habe eine reine Zulieferfunktion im Sinne der Erarbeitung von Beiträgen zur Lösung real anstehender Probleme. Bei derart hochgesteckten Erwartungen sind - dies wurde immer wieder deutlich - eigentlich nur Enttäuschungen möglich. Eingeständnisse wie die, daß die Entwicklung bestimmter zentralörtlicher Modelle kaum Aussicht zur Umsetzung in Raumordnungs- und Förderprogramme haben, werden leicht als ein Versagen der Theorie abqualifiziert. Die Wissenschaft verwahrt sich gegen derartige Ansprüche, gleichwohl sie nicht verkennt, daß es die Praxis ist, die wichtige Impulse für die Fortentwicklung wissenschaftlicher Analyse liefert. Sie ist zwar gerne bereit, fallweise der Praxis „unter die Arme zu greifen“, sieht dies aber nicht als ihren ausschließlichen Zweck an. Ausdruck für diese Doppelgesichtigkeit ist die Arbeit an den Universitäten, wo theoretische Lehre einerseits und Anfertigung von Gutachten - meist im öffentlichen Auftrag - andererseits überwiegend unverbunden nebeneinander bestehen.

Umgekehrt wird von Seiten der Wissenschaft beklagt, daß die Planungspraxis - insbesondere im Zuge der Einbringung politischer Vorgaben und Wertungen - ein Geschäft betreibt, das unter wissenschaftlich-analytischen Gesichtspunkten vielfach nicht mehr vertretbar ist. Zwar wird anerkannt, daß praktische Planung nicht in einem vergleichsweise „keimfreien“ Raum stattfinden kann, wie die Entwicklung wissenschaftlicher Modelle. Trotzdem sei eine stärkere Berücksichtigung dessen, was unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten als gesichert gelten kann, zu empfehlen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Quelle zuteil, die sowohl Wissenschaft als auch Planungspraxis speist: der Hochschulausbildung von Geographen, Planern und Ökonomen. Ausbildungsgänge und Lehrangebote entsprechen offensichtlich zunehmend weniger den Erfordernissen des Planungsalltags und bringen bestenfalls wissenschaftlich qualifizierte Generalisten hervor, die den Problemen der Praxis hilflos und verständnislos gegenüberstehen. Hier wurde mehr problembezogene Spezialisierung gefordert, die durch den Abwurf überflüssigen Ballasts auch bei Wahrung wissenschaftlicher Anspruchsniveaus realisierbar sei.

Ausgesprochen pikant waren die Diskussionen, die sich mit staatlicher Auftragsforschung und ihren Ergebnissen befaßten: Dem vorher schon genannten Argument der Praktiker, daß die Wissenschaft nicht hinreichend in der Lage sei, problemorientiert zu forschen, wurde entgegengehalten, daß Auftragsforschung vielfach mit Restriktionen verbunden werde, die sich auf Ablauf und Ergebnis der Forschung negativ auswirken müssen. Inwieweit ohne derartige Einschränkungen akzeptablere Ergebnisse zu erreichen wären, blieb dahingestellt.

Insgesamt hat die Tagung gezeigt, daß bei allen Differenzen im einzelnen das Interesse von Wissenschaft und Praxis aneinander keineswegs erloschen ist. Im Gegenteil: Je heftiger die Auseinandersetzungen waren, um so mehr schwang die Aufforderung mit, sich doch nicht gänzlich voneinander weg-

zuentwickeln, sondern wieder stärker den Weg zueinander zu suchen. Hier wurde - und damit schließt sich der Kreis - auf das eindrucksvolle Wirken *Christallers* verwiesen, der sich nie gescheut hat, wissenschaftliche Forschung und Planungspraxis im Rahmen des Möglichen miteinander zu verbinden.